

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

6 7 **Bekanntgabe der in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Bau- und Grundstücksausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Eine Beschlussfassung wurde nicht veranlasst.

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 27.05.2008

7 7 Beschluss: 7:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 27.05.2008, die den Bauausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 17.06.2008 zugestellt wurde, wird genehmigt.

8 7 **Sachstandsbericht zur Sanierung der beiden Punkthäuser Ahornstraße 35 und 38**

Der Bauausschuss hat in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung zugestimmt, dass Herr Rechtsanwalt Vornehm und Herr Tank vom Büro PP Consult in der öffentlichen Sitzung einen Sachstandsbericht zur Sanierung der beiden Punkthäuser Ahornstraße 35 und 38 abgeben. Insbesondere über die erfolgte fristlose Kündigung der Firma SDS GmbH, Aglasterhausen.

Bebauungsplanentwurf Nr. 78/08, Studentenwohnheim an der Apianstraße; Abwägung der Anregungen und Satzungsbeschluss
(Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat)

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes 78/08, Studentenwohnheim an der Apianstraße, lag in der Zeit vom 22.04.2008 bis einschließlich 02.06.2008 im Rahmen öffentlichen Beteiligung aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten von 22.04.2008 bis 02.06.2008 die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden keine Hinweise oder Anregungen eingereicht.

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Hinweise bzw. Anregungen eingereicht:

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht
- Landratsamt München – Immissionsschutz
- Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
- Gemeinde Unterföhring – Umweltamt
- Gemeinde Unterföhring – Technisches Bauamt
- Wasserwirtschaftsamt München
- Landratsamt München – Kreisheimatpfleger
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Landeshauptstadt München – Referat für Stadtplanung und Bauordnung
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH
- Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH

Nach Abwägung der öffentlichen Belange wird zu den vorgebrachten Anregungen wie folgt Stellung genommen:

Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht

Das Schreiben vom 23.05.2008 wird bekannt gegeben.

9

7

Beschluss: 7:0

Zu 1.

Der Flächennutzungsplan ist nach Inkrafttreten des Bebauungsplans zu berichtigen.

Zu 2.

Dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist ein Vorhaben- und Erschließungsplan beizugeben, welcher das geplante Vorhaben ebenso wie der vorhabenbezogenen Bebauungsplan unter planungsrechtlichen Gesichtspunkten ausreichend konkretisiert.

Zu 3.

Die Bauräume sind vollständig horizontal und vertikal mit Bezugspunkten zur Straßenbegrenzungslinie und zu den Grundstücksgrenzen zu vermaßen.

Zu 4.

Die Straßenbegrenzungslinie ist einzuzeichnen und das entsprechende Planzeichen ist unter den Festsetzungen aufzunehmen.

Zu 5.

Die „gelben Dreiecke“ waren drucktechnisch bedingt und sind zu entfernen.

Zu 6.

Satz 1 der Textfestsetzung „bebaubare Grundflächen“ ist zu streichen. Satz 2 ist wie folgt zu ändern:

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„Zusätzlich zu der nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO zugelassenen Überschreitungsmöglichkeit der zulässigen Grundfläche ist eine weitere Überschreitung durch Garagen, Stellplätze und Zufahrten maximal bis zu einer Grundflächenzahl von 0,7 zulässig. Die Versiegelung der Flächen ist hierbei unter Maßgabe der Festsetzungen auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.“

Zu 7.

Die Textfestsetzung „bebaubare Geschossfläche“ ist herauszunehmen.

Zu 8.

Die Festsetzung, dass der Oberboden gemäß DIN gelagert werden muss und die Forderung einen Freiflächengestaltungsplan vorzulegen, wird unter den Hinweisen aufgenommen und bei den textlichen Festsetzungen gestrichen.

Zu Redaktionelles:

1. Die zeichnerische Darstellung des bestehenden Bebauungsplans wird in schwarz/weiß beibehalten.
2. Der Satzung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist noch eine Präambel anzufügen.
3. Der Verfahrenstext wird von „öffentlich ausgelegt“ in „ortsüblich bekanntgemacht“ geändert.
4. Alle Unterlagen werden mit einem einheitlichen Fassungsdatum versehen.
5. Die aufgeführten Flächen werden auf den Umgriff (ca. 13.560 m²) angepasst.

Landratsamt München – Immissionsschutz

Das Schreiben vom 03.01.2008 wird bekannt gegeben.

10

7

Beschluss: 7:0

Die Formulierung zum Immissionsschutz wird in den Hinweisen aufgenommen und zusätzlich um folgenden Text ergänzt:

„Vom Bauherrn ist durch ein schalltechnisches Gutachten der Nachweis zu erbringen, dass z.B. aufgrund geeigneter Grundrissgestaltung die nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) für Mischgebiete gültigen Immissionsrichtwerte von 60 dB(A) am Tag und 50 dB(A) nachts (22.00-7.00 Uhr) an allen Wohn- und Aufenthaltsräumen eingehalten werden können. Das Gutachten ist von einer nach § 26 Bundesimmissionsschutzgesetz zugelassenen Stelle anfertigen zu lassen.“

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Das Schreiben vom 27.05.2008 wird bekannt gegeben.

11

7

Beschluss: 7:0

Auf Grund der vorgesehenen Nutzung Studentenwohnheim erfolgt die immissionsschutzrechtliche Beurteilung auf der Grundlage der Werte für ein Mischgebiet. In der schalltechnischen Stellungnahme wurde belegt, dass unabhän-

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

gig hiervon sogar die maßgeblichen Immissionsrichtwerte der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete (55/40 dB(A) tags/nachts) gerade eingehalten würden.

Gemeinde Unterföhring – Umweltamt

Das Schreiben vom 21.05.2008 wird bekannt gegeben.

12 7 Beschluss: 7:0

Die drei Bäume im Norden des Gebäudes werden als Bäume 2. Ordnung festgesetzt. Der Achsabstand zur Baugrenze beträgt 5,5 Meter. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen und an den Bauherren zur Information weitergeleitet

13 7 Wasserwirtschaftsamt München

Das E-Mail-Schreiben vom 26.05.2008 wird bekannt gegeben.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und an den Bauherren als Hinweis für das bauordnungsrechtliche Genehmigungsverfahren weitergeleitet.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

14 7 Landratsamt München - Kreisheimatpfleger

Das Schreiben vom 27.05.2008 wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

15 7 Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Schreiben vom 29.05.2008 wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

16 7 Landeshauptstadt München – Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Das Schreiben vom 27.05.2008 wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

17 7 Gemeinde Unterföhring – Technisches Bauamt

Das Schreiben vom 02.06.2008 wird bekannt gegeben.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass kein Stellplatzschlüssel festgesetzt ist und damit die Garagenverordnung (GaStellV) vom 02.01.2008 als Grundlage dient. Die GaStellV legt als Mindestanforderung einen Stellplatz je fünf Betten als Mindestanforderung fest.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- 18 7 Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH
Das E-Mail-Schreiben vom 24.04.2008 wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

- 19 7 Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH
Das Schreiben vom 23.05.2008 wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Weiteres Vorgehen

Das Landratsamt München, Frau Weiderer-Winnerl, hat nach telefonischer Mitteilung am 26.06.2008 eine erneute, eventuell verkürzte Auslegung empfohlen, da dem Bebauungsplanentwurf kein Vorhabens- und Erschließungsplan beilag (nicht ausreichend konkretisiert) und Überarbeitungen bei den Festsetzungen erforderlich sind.

- 20 7 Beschluss: 7:0

Der Bebauungsplan Nr. 78/08, Studentenwohnheim, in der Fassung vom 27.03.2008, mit Begründung, in der Fassung vom 10.04.2008, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse redaktionell zu überarbeiten.

Eine öffentliche Auslegung gemäß § 13 i. V. m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB ist durchzuführen.

Az.: 610/10
3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Realisierung des Bürgerhauses; Aufrechterhaltung des Gehwegs entlang des Bürgerhausgrundstücks

Der Bürgermeister berichtet über den derzeitigen Bauablauf zur Realisierung des Bürgerhauses. Das Schreiben vom 03.06.2008 von Frau Johanna Schweikl, Sprecherin der Schulweghelfer, wird bekannt gegeben.

Frau Schweikl weist darauf hin, dass seit vielen Jahren der Schulweg (Gehweg) entlang des Bürgerhausgrundstücks führt. Die derzeitige Ein- und Ausfahrtssituation an der gegenüberliegenden Essotankstelle sowie der Übergang an der Münchner Straße, Höhe Hofäckerallee, sind bestens bekannt, hier müssten die Kinder diese große Gefahrenquelle täglich auf sich nehmen.

Die Stellungnahmen der Bauleitung, Herr Karasz, Haindl + Kollegen GmbH, München, vom 23.05.2008 und vom Ingenieurbüro Funke vom 26.05.2008 werden bekannt gegeben. Beide Büros empfehlen eine Verflechtung des Fußgängerverkehrs mit dem Baustellenverkehr zu vermeiden (Zu- und Abfahrt an der Münchner Straße).

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund der geplanten Bauzeit bis zum 1. Quartal 2010 sollte zumindest die Aufrechterhaltung des Gehweges (Entfall des Radweges) östlich des Bürgerhausgrundstücks angestrebt werden.

21 7 Beschluss: 7:0

Der bisher bewährte und sichere Gehweg für die Schulkinder und Bürger entlang des Bürgerhausgrundstücks ist auch während der Bauphase unbedingt aufrecht zu erhalten.

Um dies zu gewährleisten sind die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen (u. a. die Zu- und Abfahrt zur Baustelle) während der Bauphase vorzusehen.

Das Vorsehen eines Schulweghelfers (morgens) an der Hauptzu- und abfahrt wird als zusätzliche Sicherungsmaßnahme vom Bauausschuss begrüßt.

Die entstehenden Mehrkosten sind unter der Haushaltsstelle 7601.9450 zu verbuchen.

Az.: 6312
3.2; 3.1; 3.3

Bauantrag von Frau Tanja Morasch zur Dachaufstockung am Gebäude Bergstraße 5

Der Bauantrag von Frau Tanja Morasch vom 07.05.2008 wird bekannt gegeben. Die Bauzeichnungen des Architekturbüros Zagon, Waldshut-Tiengen, vom Mai 2008 werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Das Grundstück, Fl.Nr. 1231 mit 1.289 m², liegt in einem Gebiet, dass im Flächennutzungsplan als Allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen ist. Für das Gebiet besteht ein rechtskräftiger Baulinienplan aus dem Jahr 1950.

Das Schreiben von Frau Morasch vom 20.05.2008 wird bekannt gegeben, in dem sie mitteilt, dass durch die Aufstockung das geplante Dach ca. 80 cm höher als das bestehende Dach werden soll, um hier zusätzlich Wohnfläche zu schaffen. Eine eigenständige Wohnung soll nicht entstehen.

Durch die Wohnraumerweiterung im Dachgeschoss wird die derzeitige GFZ nicht erhöht, da das geplante Dachgeschoss gemäß der vorgelegten Planunterlagen kein Vollgeschoss ist. Auf der Süd-Ost-Seite soll eine ca. 17 m² große Dachterrasse entstehen.

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Abstandsflächenplan vom 23.05.2008 liegt dem Bauantrag bei. Der Bürgermeister weist auf darauf hin, dass in der näheren Umgebung keine Anträge auf Erhöhung des Kniestocks gestellt wurden. Durch die Zustimmung zur Erhöhung des Kniestocks um ca. 1,12 m können Bezugsfälle geschaffen werden.

22 7 Beschluss: 7:0

Dem Bauantrag von Frau Tanja Morasch vom 07.05.2008 zur Dachaufstockung am Gebäude Bergstraße 5, Fl.Nr. 1231, wird unter folgenden Maßgaben zugestimmt:

1. Ein Nachweis zur Einhaltung der Abstandsflächen ist vor Baugenehmigung dem Landratsamt München über die Gemeinde Unterföhring vorzulegen.
2. Der geplanten Wohnraumerweiterung im Dachgeschoss wird zugestimmt, wenn dadurch keine eigenständige Wohnung entsteht.
3. Auf dem Grundstück ist die GFZ von 0,45 einzuhalten.
4. In nachbarrechtlicher Hinsicht, Fl.Nr. 1205/64, Grünfläche, wird zugestimmt.

Az.: 3024
3.1

Bauantrag (Vorbescheidsantrag) der Familie Bauer zur Errichtung eines Gartenbaubetriebes am Gleißachweg 24

Der Bauantrag von Familie Bauer, Unterföhring, vom 11.06.2008 wird bekannt gegeben. Die Bauzeichnungen und Skizzen werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Das Flurstück 957 (Größe 3.487m²), das im Außenbereich gemäß § 35 BauGB liegt, ist im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt. Im Außenbereich sind nur privilegierte und erschlossene Vorhaben zulässig. Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 2 BauGB sind Vorhaben die einem Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung dienen zulässig.

Auf dem Grundstück soll ein Gartenbaubetrieb mit Gewächshaus, Lagerhalle, Baumschule/Freilandpflanzfläche, Betriebsleiterwohnhaus und Garage errichtet werden.

23 7 Beschluss: 7:0

Dem Vorbescheidsantrag der Familie Bauer, Unterföhring, vom 11.06.2008, zur Errichtung eines Gartenbaubetriebes mit Gewächshaus, Lagerhalle, Freipflanzfläche und Betriebsleiterhaus mit Garage wird nur unter folgenden Maßgaben zugestimmt:

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Erschließung hat nur über den Etzweg/Gleißachweg zu erfolgen.
- Es ist je drei Beschäftigte ein KFZ-Stellplatz und für das Wohnhaus zwei Kfz-Stellplätze zu errichten und als solche dauerhaft zu unterhalten.
- Einer anderen als in § 35 BauGB aufgeführten Nutzung wird ausdrücklich nicht zugestimmt.
- Die Gemeinde wird keine weiteren Erschließungsmaßnahmen (Straße, Kanal, Wasser etc.) durchführen.

Az.:6024

3.1; 3.2; 3.3; 1.0

24

7

Antrag von Herrn Stefan Schnabel zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses an der Aschheimer Straße 20; Ergänzungen zum Antrag

Der Ergänzungsantrag zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses an der Aschheimer Straße 20 vom 10.06.2008 wurde von Herrn Schnabel mit E-Mail-Schreiben vom 26.06.2008 mit der Bitte zurückgezogen, dass der ursprüngliche Bauantrag vom 16.04.2008 mit dem Bauausschussbeschluss vom 29.04.2008, Nr. 883, zur weiteren Prüfung an das Landratsamt München weitergeleitet wird.

Antrag von Herrn Andreas Steinmeyer zur Errichtung eines Gartenhauses auf dem Grundstück Neubuchstraße 28

Mit E-Mail-Schreiben vom 16.05.2008 stellt Herr Steinmeyer den Antrag zur Errichtung eines Gartenhauses und die dafür erforderliche Befreiung des Bebauungsplans Nr. 72/03, südlich der Neubuchstraße. Der Antrag wird bekannt gegeben.

Das Grundstück Neubuchstraße 28, Fl.Nr.178/33, das im Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, liegt im Umgriff des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 72/03, südlich der Neubuchstraße, im Baufeld C. Festsetzungen zu Gartenhäusern im Baufeld C sind im Bebauungsplan nicht getroffen.

Im Jahr 2005 wurde der Errichtung von zwei Gartenhäusern mit einer maximalen Größe von 5 m², Neubuchstraße 12 und 18 (Baufeld A), zugestimmt.

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

25 7 Beschluss: 7:0

Dem Antrag von Herrn Steinmeyer vom 16.05.2008 zur Errichtung eines Gartenhauses bis zu einer Größe von maximal 5 m² in der Neubruchstraße 28, Fl.Nr. 178/33, wird im Wege einer Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 72/03 zugestimmt.

Auf nachbarrechtliche Belange ist Rücksicht zu nehmen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, Befreiungen der gleichen Art künftig im Büroweg auszusprechen.

Az.:6024
3.1

S-Bahnhof Unterföhring; weiter Vorgehensweise zur Mängelbeseitigung in den öffentlichen WC-Anlagen

Am 24.11.2007 kam es durch ein defektes Schwimmerventil im Spülkasten des Damen WC, zu einem Wasseraustritt. Das auslaufende Wasser setzte Teilbereiche der WC-Anlage unter Wasser, bevor es sich in der Halle im Bereich des Aufzuges ausbreitete und durch den Aufzugsschacht auf den Bahnsteig lief.

Durch das kurzfristige Eingreifen der Feuerwehr konnte ein größerer Schaden verhindert werden. Am Montag, den 26.11. 2007, wurde durch die Verwaltung die Schadensbehebung veranlasst und das Damen WC zur Nutzung wieder freigegeben.

Nach der Kontrolle des Fliesenbodens wurde festgestellt, dass der Bodenablauf in beiden WC-Anlagen, entgegen der Vorgaben, zu hoch eingebaut wurde.

Die Messung ergab eine Differenz zwischen Bodenablauf und Fliesenboden im Damen WC an der negativsten Stelle von 32 mm (siehe Aktennotiz vom 11.04.08).

Die Ausführung wurde durch die beauftragte Bauleitung, SEIB Ingenieur-Consult GmbH, Am Plärrer 15, 90443 Nürnberg, am 03.04.2008 abgenommen. Herrn Bauer, Bauleiter/ SEIB Ingenieur-Consult, wurde das Mangelhafte Gefälle des Fliesenbodens in den beiden WC-Anlagen am 27.11.2007, durch die Gemeindeverwaltung mitgeteilt.

Durch Herrn Bauer wurden drei Varianten zur Behebung des Mangels vorgeschlagen. Des weiteren ist die Kostenübernahme zu klären, da bei der beteiligten Firma, durch Herrn Bauer bereits wegen des Mangels, Abzüge bei der Schlussrechnung stattfanden und somit keine Mängelbeseitigung erfolgte.

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Variante a. Maßnahme: Ein Gefälle zum Bodenablauf herstellen wie folgt:

1. Ausbau der Fliesen und des Estrichs
2. Ausbau des Bodenablaufs durch Freistimmen des Ablaufes in der Zwischenbodenplatte
3. Bodenablauf neu auf Höhe setzen
4. Isolierung und Estrich wieder ergänzen und einbauen
5. Fliesenbelag neu verlegen und verfugen

Die geschätzten Kosten für beide WC's belaufen sich auf ca. 13.000,00 € brutto.

Variante b. Maßnahme: Einbau einer Schwelle und das Angleichen des Fliesenbelages wie folgt:

1. Schwelle an der jeweiligen WC Tür einbauen mit einer Höhe von maximal 2 cm (Gewährleistung der behindertengerechten Ausführung)
2. Ausbauen eines Teils der Fliesen und der Verfugung
3. Angleichen der Fliesen und Verfugung

Die geschätzten Kosten für beide WC betragen ca. 9.000,00 € brutto.

Variante c. Maßnahme: Einbau einer Schwelle ohne Angleichen des Fliesenbelages:

Die geschätzten Kosten für beide WC betragen ca. 500,00 € netto.

26

7

Beschluss: 7:0

Der Maßnahme, herstellen eines Gefälles zum Bodenablauf (Variante a)

1. Ausbau der Fliesen und des Estrichs
2. Ausbau des Bodenablaufs durch Freistimmen des Ablaufes in der Zwischenbodenplatte
3. Bodenablauf neu auf Höhe setzen
4. Isolierung und Estrich wieder ergänzen und einbauen
5. Fliesenbelag neu verlegen und verfugen

wird zugestimmt. Die entstehenden Kosten zur Mängelbeseitigung sind dem Ingenieurbüro SEIB Ingenieur-Consult GmbH, Am Plärrer 15, 90443 Nürnberg, auf Grund der gesamtschuldnerischen Haftung laut Vertrag zur Bauleitung, in Rechnung zu stellen.

Die Ausgabe ist auf der HhSt. 7910.9620 zu verbuchen.

Az.: 8507

3.2; 1.1; 2.1

Bekanntgaben und Anfragen

2. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.06.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Stellungnahme des Büro EDR, München, vom 19.06.2008, zur Anfrage von GR Kemmelmeier, die Bewertungsmatrix für das Auswahlgespräch im VOF-Verfahren Kinderhaus zu ergänzen (Eingrenzung des Radius, z. B. 20, 50 oder 100 km, für die Bauleitung), wird bekannt gegeben.

Schwarz
Erster Bürgermeister

Kapfenberger
Schriftführer